

Zeitenwende in Südafrika

Südafrika wählt am 29.05.2024 die Parlamente auf nationaler und auf Provinzebene, wobei das nationale Parlament anschließend den künftigen Präsidenten des Landes wählt. Das Ergebnis lässt sich derzeit und möglicherweise auch bis zur Wahl nicht vorhersehen, da es erstmals sehr wahrscheinlich ist, dass der ANC nach 30 Jahren seine Mehrheit sowohl im Parlament in Kapstadt als auch in Gauteng und Kwa Zulu Natal verliert und die Bildung von Koalitionen mit oder ohne den ANC notwendig sein wird. Mit dieser Regierungsform konnte Südafrika bisher nur in großen Metropolen und Gemeinden Erfahrungen sammeln, die in mindestens der Hälfte der Kommunen eher negativ waren. Damit würden die Karten völlig neu gemischt, und es lässt sich nicht vorhersehen, welche Richtung das Land nimmt.

Ein Bündnis von ANC und EFF (*Economic Freedom Fighters*) ist ebenso denkbar wie eine Koalition unter Führung der DA (*Democratic Alliance*) mit den kleineren Parteien der *Multi-Party-Charter* (evtl. zusammen mit Abspaltungen aus dem ANC) – vgl. hierzu den NL 4/2023. Von eher linkssozialistisch geprägter Politik bis hin zu einer bunten Mischung aus eher liberalen Kräften, die sich von der Notwendigkeit leiten lassen, das Land aus seinen multiplen Krisen herauszuführen, ist alles denkbar. Fest steht jedoch, dass von der inhaltlichen Ausgestaltung der Koalitionen und ihrer Programme sowie der Bereitschaft zum unbedingten Zusammenhalt die Zukunft des Landes abhängen wird.

Dabei zeichnet sich ab, dass wir auch künftig davon ausgehen müssen, dass sich Südafrikas Außenpolitik stärker an den gemeinsamen Interessen der Schwellenländer bzw. des globalen Südens ausrichten wird. Deutschland wird wegen seiner als zu Israel-freundlich eingeschätzten Politik auf absehbare Zeit kritisch gesehen werden. Denn quer durch alle Bevölkerungsschichten Südafrikas wird die Anrufung des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag wegen des Vorwurfs des Völkermords an der palästinensischen Bevölkerung als richtig unterstützt. Unser Hinweis auf das Recht Israels, sich nach dem Terroranschlag vom 07.10.2023 zu verteidigen und unser Drängen auf verstärkten Schutz der Zivilbevölkerung im Gazastreifen sowie die massive Verstärkung der humanitären Hilfe werden hingegen kaum wahrgenommen. Ob jedoch die in letzter Zeit zu beobachtende Annäherung an Russland fortgesetzt wird, dürfte davon abhängen, wer künftig die Außen- und Sicherheitspolitik in Pretoria bestimmt.

Nach den Wahlen wird Südafrika endgültig nicht mehr das Land sein, mit dem Deutschland 1994 begonnen hatte mit großem Optimismus und in enger Verbundenheit auf internationaler Ebene sowie bei der wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Entwicklung des Landes in außergewöhnlicher Intensität zusammenzuarbeiten. Dennoch sollten wir unabhängig vom Wahlausgang mit dem Land am Kap mit seinem enormen wirtschaftlichen und menschlichen Potential, aber auch seiner wichtigen Rolle in Afrika und im globalen Süden weiterhin eng kooperieren, da es noch viele Übereinstimmungen und gemeinsame Interessen gibt. Wir sollten also weiterhin auf Augenhöhe den Dialog pflegen, der unter Freunden nicht durchweg in Übereinstimmung enden muss.

Auch **DeSaFor** steht an einem **Wendepunkt**. Unser Geschäftsführer Klaus Brückner hat uns bereits vor einiger Zeit darüber informiert, dass er zum 31.03.2024 sein Amt nach fünf Jahren intensiven Engagements für den Verein abgeben will. Er hat mit großem organisatorischem Geschick und unermüdlichem Einsatz nicht nur bei dessen Aufbau entscheidend mitgewirkt, sondern auch mit beachtlichem Zeitaufwand und mit großer Um- und Weitsicht unsere Arbeit in allen Feldern pragmatisch und zielführend gefördert. Mit der zunächst wegen der Corona-Pandemie erfolgten Einführung der „Let’s talk ...“-Reihe als digitaler Alternative zu Präsenztreffen hat er ein Format gestaltet, das sich neben dem von ihm ebenfalls betreuten Newsletter als zweite tragende Säule unserer Arbeit erwiesen hat. Der Vorstand ist ihm unendlich dankbar für seinen großartigen Beitrag zu unserer Arbeit. Wir werden seine Mitwirkung an zentraler Stelle unseres Vereins vermissen.

Mit freundlichen Grüßen
Hans-Werner Bussmann
Vorsitzender DeSaFor e.V.



In dieser Ausgabe:

Zeitenwende in Südafrika

Von H-W Bussmann

SONA und Budget – Ein Ritual in einem besonderen Jahr

Von Klaus Brückner

Endspurt im südafrikanischen Wahlkampf

Von H-W Bussmann

Ramaphosa's presidency and where to next for South Africa?

Von Isabel Bosman

To Russia with love

Von Ernst Hustädt

Simone Pohl: Neue Leiterin AHK Südliches Afrika

Von H-W Bussmann

Südafrikas IGH-Intervention zum Gaza-Krieg

Von Jürgen Koch

Verfassungsgericht zu Cadre Deployment

Von Ernst Hustädt

ANC auf Neokolonialis-Konferenz

Von Ernst Hustädt

Deutsch-Südafrikanisches Forum e.V.

www.desafor.de

Kontakt:

info@desafor.de

Adresse:

DeSaFor

c/o K. Brückner

Ringstraße 101b

12203 Berlin

SONA und Budget – ein Ritual in einem besonderen Jahr

Von Klaus Brückner, Berlin

Es waren die Wochen der Redenschreiber beim ANC und in der südafrikanischen Regierung: Zunächst die Reden zum alljährlichen Ritual nach der Sommerpause mit der „*State of the Nation Address*“ (SONA) des Präsidenten und der kurz darauffolgenden Präsentation des Haushaltes durch den Finanzminister.

Es folgten die Ankündigung des Termins für die Wahlen am 29. Mai 2024, die Veröffentlichung einer Bilanz der ausklingenden Wahlperiode sowie die öffentliche Vorstellung des ANC-*Manifestos* (Wahlprogramm). Die Politikstrategen konnten sich breiter Aufmerksamkeit für ihre Botschaften am Ende der ersten Wahlperiode der Regierung *Ramaphosa* und zum Auftakt des Wahlkampfes gewiss sein.



Präsident Cyril Ramaphosa

Und in der Tat: *Cyril Ramaphosa* muss kämpfen, wenn er die schwindende Gunst der ANC-Wähler*innen in einer Zeit zurückzugewinnen will, in der sich die politischen und gesellschaftlichen Spannungen im Land vergrößern. Die Fraktion der *Economic Freedom Fighters (EFF)* setzte ein deutliches Zeichen ihrer Unversöhnlichkeit. Sie blieb dem gesellschaftlichen Ereignis der SONA vor dem Parlament in Kapstadt fern – aus Protest, weil einige ihrer Führungspersonen wegen ihrer Störungen der SONA im Vorjahr von der Sitzung ausgeschlossen worden waren. Wer aber gleichermaßen wohlmeinend wie kritisch gegenüber Selbsteinschätzungen von Partei und Regierung die SONA und die Haushaltsrede liest, wird wohl zwischen aufrichtiger Anerkennung und großer Besorgnis schwanken - und am Ende eher ernüchtert sein.

Anerkennung

Anerkennung ist durchaus gerechtfertigt, wenn der Präsident feststellt, dass Südafrika in die internationale Staatengemeinschaft zurückgekehrt ist. Es ist tatsächlich in drei Jahrzehnten viel erreicht worden. Südafrika ist Teil der Weltgemeinschaft - politisch und wirtschaftlich. Südafrikas eigenständige Positionen zum Krieg Russlands gegen die Ukraine und seine Haltung gegenüber Israels Reaktionen auf den Terrorangriff der Hamas mit der Anrufung des Internationalen Gerichtshofes für Menschenrechte machen deutlich, dass sich das Land am Kap als Akteur auf der Weltbühne versteht und so auch wahrgenommen werden will. Mit diesem erstarkten Selbstbewusstsein, seiner aktiven Rolle im Staatenbündnis BRICS+, beim Vorsitz der G20 im kommenden Jahr und als wichtiger Vertreter der AU beansprucht Südafrika drei Jahrzehnte nach Überwindung der Apartheid seine Mitsprache bei der Gestaltung einer neuen Weltordnung. Anerkennung und Respekt sind auch angebracht, wenn der Präsident die Fähigkeit Südafrikas beschreibt, innerstaatliche Konflikte oder Krisen aufgrund äußerer Einflüsse zu überstehen. *Ramaphosa* verweist zu Recht auf die massiven Auswirkungen der Ausbeutung des Staates (State Capture) während der Zuma-Ära, die damit zusammenhängenden Unruhen im Juli 2021 und vor allem auf die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen der COVID 19-Pandemie, bei der ca. 100 000 Menschen starben. Die Menschen in Südafrika hätten dies alles überstanden und bewältigt.

Ja, sicher hätte vieles besser und schneller bewältigt werden müssen und die oft zögerlich erscheinende Aufarbeitung einer Dekade der Staatsausbeutung lässt viele Fragen offen.

Dennoch ist es mit einer akribischen Untersuchung der ZONDO-Kommission - vergleichbar mit der beispielhaften Aufarbeitung der Gräueltaten der Apartheid durch die Wahrheits- und Versöhnungskommission - weitgehend gelungen, Verantwortliche zu identifizieren und sie dem rechtsstaatlichen Verfahren bei Strafverfolgungsbehörden und der Justiz zu übergeben. Das sollte nicht geringgeschätzt werden und verdient bei allen Vorbehalten und gerechtfertigter

Kritik im Einzelnen Anerkennung. Südafrika und Deutschland haben in zentralen aktuellen außenpolitischen Fragen zum Teil gravierende Differenzen. Es fällt gerade aus deutscher Sicht schwer, die von *Ramaphosa* in seiner SONA noch einmal verdeutlichten Positionen zum russischen Angriffskrieg und zur Situation im Nahen Osten nachzuvollziehen. Umso wichtiger ist es, unsere Partner und ihre Haltung ernst zu nehmen und die guten Beziehungen zum offenen Dialog über Wege zu Lösungen intensiv zu nutzen. Von der Bereitschaft dazu und der Fähigkeit zu einem differenzierten Diskurs darf man bei *Cyril Ramaphosa* ausgehen.

Besorgnisse

Die Rede des Präsidenten und - noch deutlicher - die Rede von Finanzminister *Godongwana* geben aber auch Anlass zur Besorgnis. Der Wahlkämpfer *Cyril Ramaphosa* zählt in seiner SONA viele größere und kleinere Fortschritte auf, in nahezu allen Bereichen. Dabei nutzt er mit der für einen Politiker wenig überraschenden Flexibilität und Beliebigkeit Vergleichsgrößen, die im ersten Anschein erhebliche Fortschritte beschreiben, sich in vielen Fällen bei näherem Hinsehen jedoch relativieren. *Ramaphosa* benennt aber durchaus auch die großen Herausforderungen: Die marode Infrastruktur, zu geringes Wirtschaftswachstum, die trotz Anstieg der Beschäftigungsquote hohe Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen und die nach wie vor in weiten Teilen der Bevölkerung herrschende strukturelle Armut ebenso wie die Tatsache, dass Südafrika weiterhin das Land mit der größten Ungleichheit weltweit ist.

Zwar versucht der um seinen Verbleib im Amt kämpfende Präsident mit zahlreichen Beteuerungen und Ankündigungen die Zuvorsicht zu vermitteln, dass die Regierung es schon richten werde, wenn man nur alles so belasse wie es derzeit sei und wenn nicht erneut unerwartete innere oder äußere Einflüsse die Verwirklichung der guten Pläne behindere. Der Präsident lässt aber wenig wirkliche Selbstreflexion erkennen. Diese SONA *Ramaphosas* war einmal mehr eine technokratische „Bilanz und Aussicht“ mit den längst bekannten Ant-

worten und Rezepten. Und man darf wohl durchaus besorgt sein, ob mit dieser „*business as usual*“-Haltung die richtigen Antworten zur Bewältigung von Problemen wie etwa der Energieversorgungskrise oder die Reduzierung von 45,3 % Jugendarbeitslosigkeit (eher 58 %) - um nur zwei zu nennen – gefunden werden.

So fehlen in der SONA des Präsidenten konkrete Hinweise auf die nachhaltige Überwindung struktureller Defizite - Stichwort Staatsbetriebe - und notwendige grundlegende Transformationsprozesse - Stichwort Staat und Verwaltung. Es ist dem Präsidenten nach einhelligem Urteil von Beobachtern aber auch nicht gelungen, die Botschaft eines Aufbruchs oder „*Restarts*“ für eine neue Dynamik zu senden. So erscheint die boshafte Frage im *Daily Maverick* durchaus gerechtfertigt, ob der Staatenlenker *Ramaphosa* am Steuer eingeschlafen sei.

Flugverkehr. All diese zentralen Aufgaben liegen in der Verantwortung von Staatsbetrieben. Diese sind aber laut einer begleitenden Präsentation der Treasury zur Budgetrede durchweg schlecht geführt, haben im vergangenen Jahr rund 40 Prozent ihrer Liquidität „verbrannt“. Sie erhalten am Kapitalmarkt ohne Staatsgarantien keine Kredite mehr. Staatliche Unterstützung „verpufft“, wie sich am Beispiel South African Airways zeige. Das Unternehmen benötige nach Finanzhilfen von nahezu 50 Mrd. Rand in den letzten sechs Jahren weiterhin einen Rettungsschirm.

Die Finanzprobleme der Staatsbetriebe sind, so *Godongwana*, nicht nur die größte Fessel für eine Prioritätensetzung im konsumtiven Teil des Haushaltes, sondern erschwerten auch die dringend notwendigen Reparaturen und Infrastrukturmaßnahmen als Voraussetzung für einen profitablen Betrieb „aus eigener Kraft“.

Zuspruch aus der Vergangenheit

Interessanterweise schließen sowohl Präsident *Ramaphosa* als auch Finanzminister *Godongwana* ihre Reden mit demselben Zitat Nelson Mandelas:

“I have walked that long road to freedom. I have tried not to falter; I have made missteps along the way. But I have discovered the secret that after climbing a great hill, one only finds that there are many more hills to climb. I have taken a moment here to rest, to steal a view of the glorious vista that surrounds me, to look back on the distance I have come. But I can only rest for a moment, for with freedom comes responsibilities, and I dare not linger, for my long walk is not ended.” Es ist nicht überliefert, ob *Cyril Ramaphosa* und *Enoch Godongwanas* Redenschreiber das so verabredet hatten.

Endspurt im südafrikanischen Wahlkampf

Von Hans-Werner Bussmann, Berlin

Mit der (relativ späten) Vorstellung ihrer Wahlprogramme haben die südafrikanischen Parteien die Endphase des Wahlkampfes eingeläutet. Auch das Wahldatum 29.05.2024 wurde von Präsident *Cyril Ramaphosa* später als erwartet festgesetzt. Denn viele Beobachter rechneten mit dem 27.04.2024, der 30. Wiederkehr des Tages, an dem der seinen größten Wahlerfolg erzielte, an den die Partei auch heute noch anknüpfen will. Vom Ausgang der Wahlen hängt die politische Zukunft nicht nur des 71-jährigen Präsidenten, sondern auch die Zukunft des Landes ab, was sein Zögern erklären mag.

Schon seine Rede an die Nation (SONA) aus Anlass der Parlamentseröffnung und die Budgetrede des Finanzministers (s. vorherigen Beitrag dieser Ausgabe) lassen erkennen, dass der ANC nach 30 Jahren Regierungsverantwortung nur bedingt zukunftsweisende, neue Ideen formulieren kann und kaum über ausreichenden finanziellen Handlungsspielraum verfügt, um die vielfältigen aktuellen Krisen nachhaltig zu bekämpfen: weiter zunehmende Arbeitslosigkeit, laufende Stromabschaltungen mit weitreichenden Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Moral der Bevölkerung,

	2023/24	2024/25	2025/26	2026/27
BIP (Mrd. Rand)	7049,0	7452,2	7913,8	8422,3
Wachstum (% / BIP)	0,6	1,3	1,6	1,8
Inflation (CPI) (%)	6,0	4,9	4,6	4,6
Steuereinnahmen (Mrd. Rand)	1921,4	2036,6	2176,4	2323,6
Ausgaben (ohne Zinsen)	1904,9	1978,1	2048,1	2149,3
Zinsausgaben	364,0	390,9	423,3	448,5
Neuverschuldung (Mrd. Rand)	347,4	332,4	295,0	274,2
Staatsverschuldung (% / BIP)	73,9	74,1	75,3	74,7

Ernüchterung

Der vom Finanzminister kurz nach der SONA vorgestellte Haushalt stellt diese somit auf den Prüfstand der Realität. Wenn aber, wie in diesem Jahr, der Finanzminister ein eher trübes Bild der Ausgangslage zeichnet und keine Aufhellung über die mittlere Frist verkünden kann, ist das für den Präsidenten wenig hilfreich – vor allem in einem Wahljahr. Auch hier ist die Analyse klar und nüchtern: Ohne eine signifikante Steigerung der Wachstumsraten, werden der Abbau der Arbeitslosigkeit, die wachsenden Belastungen des Haushaltes durch die Verteuerung von Basisdienstleistungen und der Gehälter des öffentlichen Dienstes nicht zu bewältigen sein.

Wachstum setzt jedoch massive Investitionen in die marode „kritische Infrastruktur“ voraus - Energieproduktion und -versorgung, Straßen, Eisenbahn und Häfen, Wasser und Abwasser und nicht zuletzt der

Der Haushalt und die Wirtschaft müssten zudem die Risiken eines Anstiegs des Ölpreises bei einer Verschärfung des Nahostkonfliktes sowie die schwächelnde Konjunktur seines größten Handelspartners China einkalkulieren. Zudem würde ein schlechteres Rating Südafrikas Kredite verteuern und die Zinslast erhöhen.

Godongwanas Fazit lautet - kurzgefasst: Wie im vergangenen Jahr liegen die größten Risiken im fehlenden Wachstum. Das bedeutet: Geringere Steuereinnahmen, größere Sozialausgaben und höheres Haushaltsdefizit. Wachstum setzt eine intakte wirtschaftsfördernde Infrastruktur voraus. Dazu fehlt es an Kapital und geeigneten Betreibern. Fiskalpolitisch hält der Finanzminister am Konsolidierungskurs fest, weil eine höhere Staatsverschuldung die Zinslast weiter erhöht, die ohne Steuererhöhungen bzw. Einschnitte bei den Ausgaben nicht aufgefangen werden kann.

das Hinsiechen wichtiger Staatsbetriebe, die ausufernde Kriminalität, der Verfall der Infrastruktur und die unzureichenden Sozialleistungen, vor allem für die ärmeren Bürger.



Das **Wahlprogramm des ANC** steht in Anlehnung an das Motto der Partei „*Better life for all*“ unter der Überschrift: „*Building better communities together*“. Die Regierungstätigkeit soll stärker auf die Bedürfnisse der Basis ausgerichtet und alles „*besser, mehr und schneller*“ bereitgestellt werden.

Die wichtigsten Ziele der Partei werden in sechs Prioritäten gegliedert:

- **Arbeitsplätze:** Schaffung von 2,5 Mio. neuen Jobs, unter anderem durch staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, insbesondere für Jugendliche. (Dabei soll das Militär eine wichtige Rolle spielen)

- **„Re-Industrialisierung“:** Verbesserung des infrastrukturellen Umfelds des jeweiligen Sektors und Unterstützung von Unternehmen außerhalb der Ballungszentren, bevorzugt für mittelständische und/oder arbeitsintensive Produktionen, aber auch Schutz der strategischen Industrien wie z.B. die Stahlproduktion.

- **Energie, Transportwesen und Logistik:** Ankündigung erster Teilprivatisierungen staatseigener Betriebe (z.B. Transnet - Eisenbahnen und Häfen ab Mai 2024); baldiges Ende der Stromabschaltungen durch massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien, aber auch von (besonders teuren) Gaskraftwerken und Atomenergie

- **Lebenshaltungskosten:** Erhöhung der „Sozialhilfen“ und Subventionen zugunsten ärmerer Schichten; Ausweitung der Mehrwertsteuerbefreiung für Grundnahrungsmittel.

- **Gesundheit:** phasenweise Einführung der Nationalen Gesundheitsversicherung, jedoch noch keine Hinweise auf eine mögliche Finanzierung.

- **Bildung:** gleicher Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung für alle (Südafrika hat schon heute enorm hohe Ausgaben in diesem Sektor und dennoch bleiben die Ergebnisse der Schulabschlüsse deutlich unter dem afrikanischen Schnitt).

Darüber hinaus soll durch Übertragung von mehr Verantwortung auf die Provinzen und Kommunen, durch bessere Überwachung der Gemeindeverwaltungen und das Verbot der Umwidmung von Haushaltsmitteln für den Infrastrukturerhalt die Versorgung mit Basis-Dienstleistungen gesichert werden. Damit sollen die weit verbreiteten Schwachstellen auf dieser Ebene mittel- bis langfristig behoben werden, ohne dass aufgezeigt wird, wie dies angesichts der in vielen Fällen stark verschuldeten, zum Teil bankrotten Gemeinden realisiert werden kann.

Insgesamt handelt es sich beim ANC-Wahlprogramm um eine lange Wunschliste, ähnlich wie auch schon aus früheren Wahlkämpfen bekannt, deren Realisierung später in vielen Fällen an fehlenden Haushaltsmitteln und neuen Prioritäten scheiterte.

Allerdings ist dem ANC zugutezuhalten, dass er auch Fehler einräumt: die Probleme der armen Bevölkerungsschichten seien nicht mit dem notwendigen Nachdruck angegangen worden. Die Korruption sei nur unzureichend bekämpft worden.

Teile der Partei und der von der Partei entsandten Mitarbeiter im öffentlichen Dienst hätten ihre Ämter und Aufgaben für „eigennützige Zwecke“ missbraucht und damit den demokratischen Rechtsstaat unterminiert. Bei der Auswahl von Kandidaten für öffentliche Ämter wurde und wird die ANC-Führung künftig deshalb besonderes Augenmerk darauf richten, dass sie Südafrikas zentrale Werte und Prinzipien achten und der Allgemeinheit selbstlos, mit hoher Disziplin und Integrität dienen. Damit kontrastiert allerdings, dass ca. 95 hochrangige Bewerber, die von der Zondo-Kommission in unterschiedlichem Maße der Korruption und des Nepotismus beschuldigt wurden, auf den Kandidatenlisten sowohl für das nationale als auch für die Provinzparlamente auftauchen.

Das **Wahlprogramm der Democratic Alliance (DA)** wird von der Partei als „*Retlungsplan für unser Land*“, das am Rande des Zusammenbruchs stehe, propagiert.

Sie wartet daher mit einer Vielzahl konkreter Vorschläge auf, die hier nicht alle aufgezählt werden können.

Wichtigste Vorhaben, die sich von denen anderer Parteien abheben, sind u.a.:

- **die ersatzlose Streichung des „Broad Based Black Economic Empowerments“ (BBBEE)**, mit dem die Integration und Teilhabe der nicht-weißen Bevölkerung an Unternehmen vorangetrieben werden sollte.

- **Wirtschaft und öffentliche Haushalte:** Teilprivatisierung der Staatsbetriebe, insbesondere ESKOM (Stromversorgung), Transnet (Eisenbahnen und Häfen), SAA (Fluglinie); keine Steuererhöhungen, hingegen verstärkte Ausgabenkontrolle und keine weitere Schuldenaufnahme.

- **Enteignungen:** Gewährleistung des von der Verfassung garantierten Eigentumschutzes; Nutzung von staatseigenem Land für sozialen Wohnungsbau, Ansiedlung von Kleinsiedlern und andere Zwecke (z.B. Kulturzentren in Townships) zugunsten der ärmeren Bevölkerungsschichten.

- **Klimaschutz:** starke Fokussierung auf den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien, insbesondere auf die Förderung von privaten Solaranlagen mit Einspeiserechten in das nationale (und nicht nur lokale) Netz; Ziel: Null CO₂-Emissionen im Jahr 2050.

- **Erziehung:** Verbesserung der Lese- und Rechtschreibfähigkeit in den Grundschulen, verstärkte Förderung der MINT-Fächer (Mathematik, Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaften und Technik) in allen Schultypen, fortlaufende Erfolgskontrolle bei Schülern und Lehrern aller Schulstufen.

- **Korruption und Kriminalität:** Dezentralisierung der Polizei, Personalabbau auf der obersten und oberen Management-Ebene; besonderer Schutz für interne Informanten (Whistleblower); Bekämpfung aller Formen der Korruption und des Nepotismus auf allen Ebenen durch regierungsunabhängige Einrichtungen.

Regierungsführung: Reduzierung der Ministerien und des Spitzenpersonals, keine Kaderentsendung und Anwendung des BBBEE auf den öffentlichen Dienst; in der



praktischen Regierungsarbeit Konzentration auf Infrastrukturmaßnahmen, insbesondere der nachhaltigen Sicherstellung der Strom- und Wasserversorgung Während das DA-Programm insgesamt in der Bevölkerung auf starkes Interesse stößt, wird die ersatzlose Streichung des „BBBEE“ beinahe einhellig abgelehnt. Besonders bemerkenswert ist, dass einige prominente nicht-weiße Betroffene mit der Streichung kein Problem haben, weil sie von diesem Förderprogramm ohnehin nicht profitieren konnten, da es letztlich nur ANC-Anhängern zugutegekommen sei. Andererseits behauptet der ANC nicht völlig grundlos, dass Parteigremien der DA im Westkap ebenfalls regelmäßig Einfluss auf die Besetzung von Posten auch unterhalb der Führungsebene genommen hätten. Es bleibt also abzuwarten, wie sich die anderen Parteien der *Multi-Party-Charter* zu diesem Programm-Punkt verhalten werden und wie sich die DA aus dieser „selbstgestellten Falle“ befreien will. Sie sollte vermeiden, dass es die perfekte Projektionsfläche für Angriffe des ANC und der *Economic Freedom Fighters* bildet, weil BBBEE als wichtigstes Instrument zur Heranbildung eines nicht-weißen Mittelstands angesehen wird.

Das **Wahlprogramm der *Economic Freedom Fighters (EFF)*** wird überschrieben mit „2024 – Road to victory – our land & our jobs now. stop loadshedding - consolidating the ground force towards socialist power“ und umfasst so in der sprichwörtlichen Nusschale die wichtigsten Ziele der drittstärksten politischen Kraft Südafrikas. Sie sieht Südafrika in einem Teufelskreis von Unterentwicklung und unzureichender Transformation gefangen, von einer inkompetenten, richtungs- und visionslosen Regierung in eine ungewisse Zukunft

geführt. Die große Bevölkerungsmehrheit werde in dem heutigen System marginalisiert. Als billige Arbeitskräfte, z.B. als Tagelöhner oder Straßenverkäufer und Straßenverkäuferinnen seien sie, wenn sie überhaupt eine bezahlte Tätigkeit ausüben können, jederzeit entlass- oder verschiebbar.

Das Wahlmanifest der *EFF* steht deshalb vorrangig auf sieben Säulen:

- **Enteignung** südafrikanischen Landes ohne Entschädigung zum Zwecke der Umverteilung.
- **Enteignung** von Bergwerken, Banken und anderer strategischer Sektoren ohne Entschädigung.
- **Verdoppelung** sozialer Hilfen, freier und besserer Zugang zu qualitativ guter Erziehung, Gesundheitsversorgung, Verbesserung der sanitären Situation.
- **Massive Investitionen** in die Industrie, um Millionen von Arbeitsplätzen zu schaffen.
- **Gute Regierungsführung** mit besserer Kontrolle und Verhinderung von Korruption.
- **Armutsbekämpfung** mit allen Mitteln – mit Hinweis darauf, dass 3 Milliarden mehr als die 26 Millionen der ärmsten Südafrikaner besäßen.
- **Abschaffung** der Provinzen, um eine Verwaltungsebene einzusparen.

Alle diese Vorschläge sind, anders als die anderer Parteien, nicht als vage Ankündigungen, sondern versehen mit klaren Verpflichtungen und Fristen zur Umsetzung.



Unterschrieben ist das Programm vom Vorsitzenden *Julius Malema* „mit revolutionären Grüßen an alle Kommissare, Kämpfer und „Basiskräfte“.

Die *EFF* verzichten im Manifest, anders als in der Vergangenheit, auf marxistisch-leninistische Rhetorik, scheint sie aber bei Wahlkampfveranstaltungen immer wieder zu nutzen. Eine Koalition mit den *EFF* wird vom „mainstream-ANC“, z.B. von den Veteranen ausdrücklich abgelehnt. Auch *Cyril Ramaphosa* wird höchstwahrscheinlich nicht für eine solche Koalition zur Verfügung stehen.

Kwa Zulu Natal (KZN)

Besondere Aufmerksamkeit verdient die Entwicklung in der Provinz KZN. In seiner ehemaligen Hochburg verliert der ANC in noch stärkerem Maß an Rückhalt als in Gauteng und anderen Landesteilen.

Das ist zum einen darauf zurückzuführen, dass der frühere Präsident und vom ANC suspendierte *Jacob Zuma* in seiner Heimatprovinz immer noch sehr beliebt ist und zum Jahreswechsel eine eigene Partei gründen ließ. Sie wurde nach dem militärischen Flügel des ANC im Anti-Apartheidkampf *uMkhonto we Sizwe* (MK) (Deutsch: Speer der Nation) benannt. Damit spricht sie nostalgische Gefühle und unzufriedene ANC-Mitglieder an, vor allem solche, die nicht mehr die frühere Protektion durch *Zuma* und sein Umfeld genießen. Bei kommunalen Nachwahlen und in einer jüngsten Umfrage konnte MK einen Wähleranteil von ungefähr 25 % auf sich ziehen.

Schließlich erfreut sich die *Inkatha Freedom Party (IFP)* des verstorbenen, nicht unumstrittenen Führers *Mangosuthu Buthelezi* wieder zunehmender Beliebtheit als bewusst auf die Interessen der Zulu (als größter Bevölkerungsgruppe Südafrikas) ausgerichteter Partei. Sie hat in Nachwahlen der letzten Monate dem ANC mehrere Wahlkreise abnehmen können. Zusammen mit der DA stellt sie sich als die bessere Alternative zum ANC und EFF dar. Das alles dürfte den ANC in KZN zusätzlich schwächen.

Ausblick

Die in der letzten Ausgabe des Newsletters vorgestellten **kleineren Parteien** haben im Wahlkampf, soweit aus der Ferne ersichtlich, ihr Profil und ihre zentralen Aussagen nicht wesentlich verändert. Es sieht nicht danach aus, dass sie zusammengenommen (auch nicht zusammen mit der DA) mehr

als 40 % der Stimmen erzielen können. Außerdem ist nicht ausgeschlossen, dass einzelne Parteien oder einzelne Vorsitzende aus der *Multi-Party-Charter* ausbrechen, wenn ihrem Führungspersonal vom geschwächten ANC lukrative politische Posten angeboten werden. Denn der ANC wird mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit weiter die stärkste politische Kraft bleiben und deutlich vor den in der *Multi-Party-Charter* für eine potenzielle Regierungsbildung zusammengeschlossenen Parteien liegen. Die mit über 40 % im Vergleich zu 17 % im Jahr 2017 unerwartet hohe Eintragung von Jungwählern unter 25 Jahren in die Wählerregister könnte sich positiv für den ANC, vor allem aber für die EFF, auswirken.

Die Koalitionsverhandlungen nach den Wahlen werden sich in jedem Fall außerordentlich schwierig gestalten, zumal sie laut Verfassung binnen 14 Tagen abgeschlossen sein müssen, da dann das Parlament zu seiner ersten Sitzung zusammentritt, in welcher der Präsident zu wählen ist. Jede denkbare Koalitionsregierung wird sich im weiteren Verlauf mit enormen Herausforderungen konfrontiert sehen. Sie wird ihre interne Stabilität vom ersten Tag an immer wieder unter Beweis stellen müssen und Mühe haben, Gesetze und Maßnahmen landesweit durchzusetzen. Südafrika wird also kurz- und mittelfristig vorhersehbar politisch turbulente Zeiten erleben, was der dringend erforderlichen Konsolidierung nicht förderlich sein dürfte. So bleibt zu hoffen, dass die immer noch starke Zivilgesellschaft und die Wirtschaft die weitere Entwicklung positiv beeinflussen können.

Ramaphosa's presidency and where to next for South Africa?

Von Isabel Bosman, Johannesburg

Review

The so-called "New Dawn" narrative peddled by President Cyril Ramaphosa and his supporters in 2018 led to great expectations of change in South Africa, called "Ramaphoria". But in 2024 ahead of a new election (scheduled for 29 May), this euphoria has died down, replaced by de-

spondency and frustration. This disappointment is not necessarily directed at Ramaphosa himself, but after 30 years of democracy, South Africa's citizens seem tired of the ruling African National Congress (ANC) government and alarmingly, have less faith in democracy altogether. It is therefore timely to consider Ramaphosa's successes and failures and consider what his administration has contributed overall to South Africa's young democracy.

In December 2017, Cyril Ramaphosa was elected leader of the ruling ANC-party. Two months later, he was also elected president of the country after the forced resignation of Jacob Zuma on 14 February 2018. Zuma's presidency has become synonymous with the term "state capture" and Ramaphosa rose to prominence on a platform centring on economic reform, anti-corruption, and a general government overhaul. This added to his popularity, and he began his five-year stint in office after the ANC was victorious in the general election of 2019.

On 6 February 2024, reflecting on Ramaphosa's five years in office, the Presidency released a [document](#) titled "Leave No One Behind – 2024: A Five Year Review". It describes Ramaphosa's presidency as "a time of recovery and rebuilding". This administration faced several significant challenges which included upturning a downgraded economy, the COVID-19 pandemic, and a crippling electricity supply crisis inherited from its predecessors. The document touts as achievements the ZAR1.5 trillion in new investment commitments; more than ZAR200 billion worth of infrastructure projects in the water, energy and roads sectors; new platforms and initiatives for improving employment and employability (including youth); and a renewed commitment to social relief schemes and a national public health service. In addition, Ramaphosa was also at the helm of the African Union when the African Continental Free Trade Agreement (AfCFTA) entered into force (2021).

However, ironically, some of the biggest criticisms of Ramaphosa's presidency challenge these achievements. Close scrutiny reveals that Ramaphosa also largely failed

at some of his biggest objectives: economic revitalisation, a crackdown on corruption, and government reform. The electricity crisis is also no closer to being resolved. The country's economy has been [unstable](#) since the Zuma presidency and was first downgraded by international credit rating agencies to sub-investment grade in 2017. In 2020, amid the Covid-19 pandemic, the same rating was again applied to the country. Things began to look up in the years that followed and South Africa [ended](#) 2023 with a "stable" rating from S&P Global Ratings, which they warned could be lowered again.

According to S&P, this [warning](#) is issued from its assessment that "Lower revenue owing to softening commodity prices and rising spending pressures from the wage bill, potential support to financially weak state-owned enterprises (SOEs), the social relief of distress (SRD) grant, and debt service expenditure, will drive steady debt accumulation over the forecast period through to fiscal 2026".

The economy is also strained by the electricity supply crisis which has resulted in rolling blackouts, known as loadshedding, burdening the country since 2008. The crisis persists, despite government's efforts. The worst year of power interruptions on record was 2023, when a [combined](#) 6000 hours of loadshedding was recorded – difficult conditions indeed for a developing economy. And while Ramaphosa succeeded at putting in place [measures](#) for increasing the country's renewable energy capacity, these can only be expected to contribute from 2028.

The country's [unemployment rate](#) also remains high, recorded at 31,9 % in the third quarter of 2023. The youth unemployment rate of 43,4 % for the same period is also alarming.

The so-called Zondo Commission, named for the judge presiding over the Commission of Inquiry into Allegations of State Capture, [uncovered](#) at length widespread corruption in South Africa's government, naming nearly 1500 perpetrators. It also revealed extensive damage done to several state-owned enterprises and government branches, including the national carrier South African Airways, the South African Revenue Service, and the country's elec-

tricity utility, Eskom. Yet, the country is still to see any concrete action taken against the guilty parties. In his assessment of the situation, Chief Justice Raymond Zondo has [said](#) that despite the investigation, Parliament will be incapable of preventing state capture in future because he could see “nothing that has changed”, referring to the lack of political will to implement the Commission’s recommendations.

Ramaphosa’s government reforms have also been slow to deliver. Cabinet reshuffles under his tenure have not enhanced the overall efficiency of ministries and instead of reducing its size to streamline its adeptness, Ramaphosa [introduced](#) a Minister of Electricity and a minister responsible for Planning, Monitoring and Evaluation of the various government departments in 2023. His Minister of Police, Bheki Cele, has also been criticised repeatedly because of the country’s continuously high crime rates. Reducing crime and making communities safer was one of the key objectives Ramaphosa expressed in his first State of the Nation Address. Yet, the [latest](#) crime statistics released on 16 February reveal failure here. The number of murders committed between October and December 2023 increased when compared with statistics from the previous year, and gender-based violence and rape figures remain high.

So what is the overall assessment? Ramaphosa did not have it easy. From the start of his presidency, he faced several challenges, including having to carefully navigate the power structures at play within the ANC. Unfortunately, however, at times it seems that party politics triumphed, with the bread-and-butter needs of South Africa’s citizens often being overlooked. But democracy is not just one man. It certainly is not just Ramaphosa and so, to blame *him* for the shortcomings of government is short-sighted and misses the real point: that this administration, although it did seek to address the mistakes of its predecessors, fully exposed the real faults and failures of the last three decades. Ironically, and unintentionally, his last [State of the Nation Address](#) ahead of the elections proved this in the story meant to support it, that of Tintswalo, the child of democ-

tracy. Here, Ramaphosa describes the story of a fictional child he called Tintswalo, born in 1994 and now the same age as the country’s democracy. He describes the many government services and utilities with which she grew up: a house provided by the state, free schooling, and access to water and electricity, among others. Yet, the reality is that only some of the country’s population actually have access to these utilities while millions of others remain in poverty, severely impacted by the inequality the country has become known for. [Afrobarometer](#) reports that 70 % of South Africans are no longer satisfied with democracy, 82 % believe that corruption has increased, and only 65 % believe that elections still have the power to do what they are intended to, a reflection of the voter apathy recorded in the lower voter turnouts of the last general election.

Looking ahead

The warning signs are clear, and the country will likely walk the path of coalition government. The question now becomes, will South Africans choose this time to save their democracy through the vote?

After the last national elections in 2019, the ANC [received](#) 57,50 % of the vote with the next two major political parties, the Democratic Alliance (DA) and Economic Freedom Fighters (EFF) received 20,77 % and 10,80 % of the vote respectively. Voter turnout for this election was only at 66,05 %. Pre-election polls conducted in 2023 indicate that support for the ANC has declined significantly, in some instances to levels lower than 50 %. [Data](#) from the polls conducted by Ipsos, the Social Research Foundation and the Brenthurst Foundation show that the ANC could receive only 43 %, 45 % and 41 % (an average based on voter turnout), respectively. According to these polls, support for the DA and EFF have both increased.

When asked, survey respondents [revealed](#) that the persistent electricity supply crisis, unemployment, and the high cost of living in the country are contributing factors to their decision to withdraw support for the ruling party. But these figures are of course not predictions and should not be read as

such. The outcomes of South Africa’s election in May will depend significantly on voter turnout and the urban-rural representation in that figure. But while no concrete predictions can be made, it is becoming more evident that South Africa could very likely end-up with a coalition government in the near future.

Several of the biggest opposition parties in the country have entered into an [agreement](#), initially dubbed “the moonshot pact” but now known as the Multi-Party Charter (MPC). The MPC was formed in July 2023 and is an attempt by opposition parties with similar interests to, depending on the election outcome, form a governing coalition. Parties that form part of this agreement will not contest the election under the MPC banner but will continue to contest the election in their stand-alone capacity. However, public support for the MPC is high and therefore the individual parties could expect to receive votes based on that support. The Ipsos poll [suggests](#) that the MPC could receive 30% of the vote, while the Brenthurst Foundation suggests that it could receive as much as 36% of the vote. But this is still far from the required 50 +1 for electoral victory and still leaves things rather uncertain.

If the polls are wrong and the ANC retains a clear majority, it does of course remove the headache of forming a stable governing coalition in which parties have set aside their individual interests for the greater good. But the party interests within the ANC remain, as do the governing challenges and shortcomings. Should the polls be correct, and the ANC drops below 50 %, it is not clear who its coalition partner(s) would be.

Whether Ramaphosa is to be a one-term president or whether the ANC succeeds again in this election, and if he gains a second term, it is important to recognise that it cannot be business as usual. South Africans want action from their leaders, something that may well be expressed in May.

Isabel Bosman is a researcher in the African Governance and Diplomacy Programme at the South African Institute of International Affairs (SAIIA).

To Russia with love Eine merkwürdige Ehe: Die Beziehungen zwischen Südafrika und Russland

Von Ernst Hustädt, Kapstadt

Südafrika hat sich mit Kritik an der russischen Invasion zurückgehalten, als am 24.02.2022 die Ukraine überfallen wurde. Zwar forderte das Außenministerium anfänglich Russland auf, seine Truppen sofort zurückzuziehen. Dies hatte jedoch nicht lange Bestand: Außenministerin Naledi Pandor wurde sofort vom ANC und auch bei Präsident Ramaphosa „zurückgepfiffen“. Die Haltung danach war die einer formalen Neutralität: In allen UN-Resolutionen hat sich Südafrika bei der Verurteilung Russlands für die Invasion enthalten.

Diese Position ist auf den ersten Blick erstaunlich: Es gibt keine sprachlichen oder kulturellen Beziehungen. Auch der Außenhandel zwischen beiden Ländern ist zu vernachlässigen. Russland ist weder in Bezug auf Importe noch auf Exporte unter den 10 größten Handelspartnern Südafrikas. Auch ideologisch gibt es große Differenzen: Putins Partei Vereintes Russland setzt auf ihre Nähe zur orthodoxen Kirche, der ANC hat als klassisch linke Partei ein distanziertes Verhältnis zur Religion. Während in Russland Menschen mit homosexueller Orientierung diskriminiert und verfolgt werden, sind sie in Südafrika mit Verfassungsrang gleichgestellt.

Wie ist dann aber Südafrikas Haltung zu erklären?

Zum einen aufgrund der historischen Verbindung zwischen dem ANC und der vormaligen Sowjetunion: Während der beiden Weltkriege war das weiße Südafrika Teil des britischen Empire und verstand sich als Teil des Westens. Dies änderte sich auch nicht, als 1948 die National Party in Pretoria an die Macht kam und die Apartheid einführte. Das Verhältnis zum Westen war von beiden Seiten aus stabil. Erst 1961 wurde Südafrika - aufgrund des Druckes der anderen ehemaligen britischen Kolonien - gezwungen, das Commonwealth zu verlassen. Die UN-Generalversammlung hat erst 1973 die Apartheid verurteilt. Bis zu einem Votum für ein Waffenembargo

gegen Südafrika durch den UN-Sicherheitsrat vergingen weitere vier Jahre. Effektive Wirtschaftssanktionen gegen Pretoria wurden erst fast vier Jahrzehnte später durch Großbritannien und die USA ausgesprochen.



Präsident Ramaphosa und Präsident Putin

Der ANC, wie so viele andere antikoloniale Bewegungen in Afrika und Asien, tendierte vor dem Hintergrund der globalen Machtaufteilung nach Moskau. Für die Sowjetunion war die Unterstützung des ANC eine Möglichkeit, ihren globalen Einfluss zu verstärken und Druck auf den Westen aufzubauen. Zudem sollte verhindert werden, dass China einen ähnlichen Einfluss auf den ANC gewinnen könnte wie auf die ZANU in Zimbabwe. Letztlich wurde der ANC, der selbst mehr eine Bewegung als eine Partei war, nicht nur von den Gewerkschaften, sondern auch der südafrikanischen kommunistischen Partei unterstützt. Seit 1961 wurde auch der bewaffnete Arm des ANC „Umkhonto we Sizwe“ durch die Sowjetunion und andere Staaten des Warschauer Paktes unterstützt. Schätzungen gehen dahin, dass ca. 3.000 Kader des ANC in der Sowjetunion oder anderen Staaten des Warschauer Paktes, einschließlich der DDR, ideologisch und militärisch ausgebildet wurden.

Ziemlich sicher ist: Ohne diese Unterstützung hätte der ANC weder als Partei noch als politischer Faktor in Südafrika überlebt. Diese historischen Beziehungen wirken auch nach dem Untergang der Sowjetunion und der leninistischen Ideologie nach.

Beide Seiten hielten sich aber auch seit den 1980er Jahren eine Hintertür offen. Wichtige ANC-Kader, wie Thabo Mbeki und Joe Slovo, wurden bewusst nach Großbritan-

nien oder Schweden zur akademischen Ausbildung geschickt, während der KGB andererseits streng geheime Kontakte zum Apartheidregime aufrecht hielt, um die Preise für Gold, Platin und Diamanten, auf die beide Länder ein faktisches Monopol hatten, zu steuern.

Die Geschichte allein kann aber das Verhältnis nicht vollständig erklären. Nostalgie ist auf die Dauer kein guter Ratgeber, wenn es um Realpolitik geht.

Neuausrichtung in der Außen- und Wirtschaftspolitik

Der fehlende Puzzlestein besteht darin, dass Russland Südafrika eine Option bietet, bei der Gestaltung einer multipolaren Welt mitzuwirken: Das Instrument hierzu ist die BRICS Gruppe, die von Brasilien, Russland, Indien und China am Rande der UN-Generalversammlung im September 2006 aus der Taufe gehoben wurde. Es sei daran erinnert, dass in diesen Jahren, nach dem Platzen der Dot-Com Spekulationsblase und kurz danach der globalen Finanzkrise, weltweit erhebliche Zweifel am westlichen Wirtschafts- und Regulierungsmodell bestanden und die aufstrebenden Mächte nach einer anderen Orientierung als ausschließlich der G8, G8+5 oder G20 suchen ließen.

Trotz aller internen ideologischen und ökonomischen Widersprüche eint die BRICS-Staaten daher einiges: Das Misstrauen in eine unipolare Welt, die von den USA in Bezug auf das Finanzsystem, den US-Dollar, den Handel und wichtige IT-Technologien beherrscht wird. Von den ursprünglichen Mitgliedern der BRICS sind Indien und China politische und ökonomische Giganten und Brasilien und Russland wichtige internationale Player. Südafrika, in Bezug auf sein Bruttonationalprodukt global nur auf Rang 38, passt da nicht wirklich hinein, auch wenn es die größte afrikanische Wirtschaftsmacht ist.

Nachdem Südafrika 2009 den Aufnahmeantrag gestellt hat und 2010 in die BRICS aufgenommen wurde, ist Südafrikas globales Gewicht gewachsen. Dies ist - aus Sicht Pretorias - neben China auch Putin zu verdanken, der sich hinter den Kulissen bei den anderen drei Großmächten für die Aufnahme Südafrikas eingesetzt hat. Als erste Mittelmacht hat Südafrika es damit ge-

schaft, „am Tisch der Großen“ zu sitzen. Es hat damit auch die Tür für die Erweiterung zu BRICS+ durch weitere Mittelmächte, wie Ägypten, Äthiopien, Iran, Saudi-Arabien und die VAE, aufgestoßen.



Der Eintrittspreis könnte allerdings hoch sein: Der ehemalige Präsident Jacob Zuma hat zeitgleich einen Geheimvertrag mit Rosatom, der russischen Agentur für Atomenergie, zum Kauf von bis zu acht sog. „large scale nuclear power plants“ (NPP) mit einer installierten Gesamtkapazität von 9,6 GW für mindestens 76 Milliarden US-Dollar geschlossen. Das Projekt wurde im April 2017 vom südafrikanischen High Court gestoppt: Neben rechtlichen Bedenken gab es Zweifel an seiner Finanzierung. Auch bestand der begründete Verdacht, dass die Gupta Familie und Jacob Zumas Sohn Duduzane persönlich davon profitieren könnten.

Für Rosatom wäre es der Einstieg in den afrikanischen Markt gewesen. Rosatom ist ein weltweiter Player. Ein Drittel der in der EU verwendeten Brennstäbe und 20 % des angereicherten Urans für den US-Nuklearsektor kommen aus Russland. Die Lieferung von Brennstäben ist auch nach dem Beginn des Ukraine Krieges von den europäischen Sanktionen ausgenommen, aber Diversifizierung ist aus Sicht Moskaus angesichts der Möglichkeit, dass Sanktionen auch auf den Nuklearsektor ausgeweitet werden, angezeigt. Während Präsident Ramaphosa sich anfänglich zu dem Geheimvertrag auf Distanz hielt, könnte sich jetzt eine Änderung abzeichnen. Am 13.12.2023 wurde bekannt, dass das südafrikanische Energieministerium im März 2024 eine Ausschreibung für den Bau von Atomkraftwerken mit einer Kapazität von 2,5 GW beabsichtigt, was ca. drei Blöcken entspricht.

Es ist unwahrscheinlich, dass Südafrika in der Lage wäre, eine solche Investition eigenständig zu finanzieren.

Zur Realisierung ist es auf eine erhebliche finanzielle Unterstützung durch Russland

oder auch andere BRICS-Mitglieder, wie China, angewiesen.

Auch dies wäre eine Bewegung weg vom Westen. Die beiden Atomkraftwerksblöcke in Kapstadt stammten aus Frankreich.

Auch die militärische Zusammenarbeit ist intensiviert worden. Am

06.12.2022 hat der russische Frachter „Lady R“ mit ausgeschaltetem marinem GPS die Marinebasis Simons Town angelaufen und ist dort entladen und wieder beladen worden. Trotz großer Medienaufmerksamkeit wurden zuerst keinerlei Erklärungen abgegeben und dann verlautbart, dass es sich um die Erfüllung einer alten Verpflichtung zur Lieferung von Munition an Südafrika gehandelt habe. US-Botschafter Brigety hat Südafrika öffentlich des Sanktionsbruchs beschuldigt, nahm seine Äußerung danach aber teilweise zurück. Sechs Monate später ist eine russische „Ilushin II - 76“ auf der Luftwaffenbasis Waterkloof bei Pretoria gelandet. Die Fracht bestand angeblich aus diplomatischer Post.

Im Ergebnis hat der ANC, und damit Südafrika, auch in der Vergangenheit eine faktische Äquidistanz zum Westen und Osten angestrebt und klug praktiziert. Dieses Verhältnis hat sich im letzten Jahrzehnt eher in Richtung Russland verschoben. Die Positionierung Südafrikas zum Ukraine-Krieg hat dies deutlich gemacht.

Simone Pohl: Neue Leitung der AHK Südliches Afrika

Von Klaus Brückner, Berlin

Anfang Februar 2024 ging die Leitung der deutschen Industrie- und Handelskammer für das südliche Afrika (AHK Südliches Afrika) auf Simone Pohl über. Ihr Vorgänger, Matthias Boddenberg, hatte die Kammer in mehr als zwei Dekaden erfolgreich geführt. Frau Pohl besitzt umfangreiche internationale Erfahrung und ein tiefes Verständnis für die deutsch-bilateralen und multilateralen Handelsbeziehungen. Sie begann nach dem Studium der Betriebswirtschaftslehre (FH) ihre berufliche Laufbahn in München, wo sie beim Münchner Kongressbüro u.a. für die weltweite Vermarktung der Stadt als internationale Destination für Konferenzen, Tagungen und Ausstellungen verantwortlich war.



Simone Pohl

Sie übersiedelte in die USA und war für das weltweite AHK-Netzwerk bei der AHK des Mittleren Westens in Chicago 15 Jahre in verschiedenen Positionen tätig, davon 9 Jahre als Geschäftsführerin. Danach ging es nach China, wo sie mehr als fünf Jahre das Delegiertenbüro der Deutschen Wirtschaft in Shanghai leitete.

Sie freut sich riesig auf die neue Aufgabe, die deutschen Wirtschaftsbeziehungen zum südlichen Afrika nachhaltig weiterzuentwickeln und zu stärken sowie auf die gute Zusammenarbeit mit DeSaFor

Südafrikas Intervention zum Gaza-Krieg beim Internationalen Gerichtshof (IGH) gegen Israel

Von Jürgen Koch, Berlin

Am 29.12.2023 reichte Südafrika beim IGH in Den Haag einen gegen Israel gerichteten Eilantrag wegen Verletzung der Völkermordkonvention ein. Die südafrikanische Regierung zeigte sich betroffen von der willkürlichen Anwendung von Gewalt, der Vertreibung und der großen Not der Bevölkerung im Gazastreifen. Sie beruft sich auf Berichte über Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen, die den Tatbestand des Völkermordes oder damit zusammenhängender Verbrechen erfüllen. Damit ist nach Auffassung Südafrikas die Verletzung der UN-Konvention von 1948 durch Israel belegt.

Der Rechtsvertreter Südafrikas zitierte Äußerungen hochrangiger israelischer Militärs und Politiker, die die „Absicht des Völkermordes“ belegen sollen. Der südafrikanische Justizminister *Ronald Lamona* betonte bei der Anhörung des IGH, dass kein bewaffneter Angriff eine Rechtfertigung für die Verletzung der Völkermordkonvention darstellt und sprach von einer „Politik der Apartheid gegen Palästinenser seit etwa 76 Jahren.“

Die israelische Regierung wandte sich vehement gegen diese Anschuldigungen und betonte u.a., „dass Israel nicht gegen die palästinensische Bevölkerung kämpft, sondern gegen Hamas-Terroristen – in voller Übereinstimmung mit internationalem Recht.“ Der Vertreter Israels vertrat seinerseits die Auffassung, dass der brutale Angriff der Hamas auf die israelische Zivilbevölkerung am 07.10.2023 mit über 1 200 Opfern den Versuch eines Genozids darstellt und Israel das Recht gibt, sich dagegen mit seiner Intervention in Gaza zu verteidigen. Die Auslöschung der palästinensischen Bevölkerung sei jedoch nicht Ziel der Militäroperationen. Israel verwies weiterhin darauf, dass die palästinensische Bevölkerung vor bevorstehenden Angriffen informiert und die Evakuierung der Bevölkerung aus Kampfbzonen zulassen werde,

ebenso wie die Bereitstellung humanitärer Hilfslieferungen.

Die Reaktion des IGH

Als Reaktion auf die Völkermordanklage Südafrikas hat der IGH am 26. Januar 2024 sechs vorläufige Maßnahmen beschlossen, die das Leid der Bevölkerung in Gaza lindern und weitere irreparable Schäden verhindern sollen. Dazu gehört u.a. die Aufforderung an Israel, in Gaza „alle in seiner Macht stehenden Maßnahmen zu ergreifen“, um die Tötung und die Zufügung schwerer körperlicher oder seelischer Schäden zu verhindern. Dazu gehört auch die „vorsätzliche Herbeiführung von Lebensbedingungen, die darauf abzielen, die physische Zerstörung der Bevölkerung ganz oder teilweise herbeizuführen.“ Israel wird verpflichtet, die direkte und öffentliche Aufstachelung zum Völkermord zu verhindern, bzw. zu bestrafen. Israel muss sofortige und wirksame Maßnahmen ergreifen, um die Bereitstellung von humanitärer Hilfe für Gaza zu ermöglichen. Israel wird ferner aufgefordert, die Zerstörung von Beweisen für Handlungen, die gegen die Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes verstoßen, zu verhindern.

Der IGH zeigte sich zutiefst beunruhigt über das Schicksal der Geiseln in der Hand der Hamas und fordert deren sofortige Freilassung.

Die Auflage des IGH, innerhalb eines Monats einen Bericht über die Umsetzung der Maßnahmen vorzulegen, hat Israel am 27.02.2024 erfüllt. Zum Zeitpunkt der Verfassung des Artikels gab es zum Inhalt keine Informationen. Die angeordneten vorläufigen Maßnahmen sind verbindlich im Sinne des Völkerrechts. Allerdings verfügt der IGH über keinen zentralen Vollstreckungsapparat, um die Maßnahmen durchzusetzen. Die Umsetzung ist ausschließlich vom Willen der Staaten abhängig.

Anderen Unterzeichnern der Konvention gegen Völkermord aus dem Jahr 1948 steht es frei, ihre Stellungnahmen für eine der beiden Seiten abzugeben. Insgesamt haben 52 Staaten angekündigt, von diesem

Recht Gebrauch zu machen. Die Bundesregierung hat schon am 11. Januar 2024 mitgeteilt, eine Stellungnahme zugunsten Israels abzugeben und Israel, sollte es zu einer Hauptverhandlung kommen, als Drittpartei beizustehen.

Der Gerichtshof hat noch nicht entschieden, ob er sich mit der Klage in einer Hauptverhandlung befassen wird. Sollte es, was sehr wahrscheinlich ist, dazu kommen, wird es weitere schriftliche Stellungnahmen der Parteien und Anhörungen geben. Das Verfahren kann sich über Jahre hinziehen. In der südafrikanischen Berichterstattung wird auf die große internationale Unterstützung verwiesen, die SA für seine Intervention beim IGH erfährt. Über 100 Länder schlossen sich demnach der Kritik an der israelischen Kriegsführung in Gaza und der Besetzung palästinensischer Gebiete im Westjordanland an, allen voran Bangladesch und Namibia, das die deutsche Unterstützung der israelischen Position besonders scharf verurteilte.

Breite Unterstützung der Klage in der südafrikanischen Bevölkerung

In Südafrika selbst wurde die Entscheidung von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung als historischer Sieg für Palästina gefeiert, obwohl das Gericht der Forderung Südafrikas nach einem sofortigen Waffenstillstand nicht nachkam. Die einstweilige Anordnung des IGH dominierte die Schlagzeilen der Printmedien wie die Sendungen der öffentlichen und privaten Sender.

Die *Democratic Alliance* als größte Oppositionspartei war in ihrer Bewertung gespalten. Während die Parteiführung sich hinter Israel stellte, unterstützte eine Minderheit um den Schattenminister und Sprecher der Partei für Staatsunternehmen und Abgeordneten *Ghaleb Cachalia* die südafrikanische Initiative. *Cachalia* reagierte auf seinen Ausschluss durch die Parteiführung mit seinem Austritt aus der Partei und der Aufgabe seines Parlamentsmandats. In einer Stellungnahme bedauerte er den Rechtsruck in der *DA* und die Aufgabe liberaler Positionen. Viele Südafrikaner, insbesondere *ANC*-Politiker haben nicht vergessen, dass das südafrikanische Apartheid-Regime über Jahrzehnte eng mit Israel paktierte. Öffentlich verurteilte Israel das

Apartheidregime mit starken Worten. Dabei war Südafrika Ende der 1970er Jahre trotz UN-Embargos der wichtigste Abnehmer israelischer Waffenexporte. Erst 1987 erließ Israel als eines der letzten Länder Sanktionen gegen Südafrika.

Der Westen isoliert mit seiner Position

Die EU ist wie so oft in außenpolitischen Fragen gespalten. Während Frankreich, Österreich, Tschechien und Ungarn die südafrikanische Intervention ähnlich wie Deutschland ablehnen, halten Belgien, die Slowakei, aber auch Irland und Spanien den südafrikanischen Antrag für begründet. Die Bundesregierung hat den vor dem IGH gegen Israel erhobenen Vorwurf des Völkermords entschieden und ausdrücklich zurückgewiesen und erklärt, dieser „Vorwurf entbehre jeder Grundlage.“ Sie fordert zunehmend deutlicher, dass die israelischen Streitkräfte bei ihren Kampfmaßnahmen die Zivilbevölkerung effektiver schützen und ausländische humanitäre Hilfe im erforderlichen Umfang zulassen müssen. Mit dieser Position isolieren sich Deutschland, aber auch andere Länder wie die USA, zunehmend von den Ländern des globalen Südens.

Viele dieser Länder werten in der Verurteilung der russischen Aggression gegen die Ukraine einerseits und der Unterstützung des israelischen Vorgehens im Gaza-Streifen sowie der Gewalt und die ständige Ausbreitung israelische Siedlungen im Westjordanland andererseits als Heuchelei.

Eine weitere Intervention Südafrikas beim IGH am 12.02.2024 mit dem Ziel, den Vormarsch der israelischen Armee nach Rafah zu stoppen, wurde vom IGH abgelehnt. Der Gerichtshof stellt jedoch fest, dass die jüngsten Entwicklungen im Gazastreifen und insbesondere in Rafah "das, was bereits ein humanitärer Albtraum mit ungeahnten regionalen Folgen ist, exponentiell vergrößern würden". Diese gefährliche Situation erfordert laut IGH die sofortige und wirksame Umsetzung der vom Gerichtshof in seinem Beschluss vom 26.01.2024 angeordneten vorläufigen Maßnahmen, die im gesamten Gazastreifen, einschließlich Rafah, gelten, und nicht die Angabe weiterer vorläufiger Maßnahmen.

Am 06.03.2024 hat sich Südafrika aufgrund der „weitverbreiteten Hungersnot“ in Gaza erneut mit dem Ersuchen an den IGH gewandt, weitere vorläufige Maßnahmen anzuordnen, oder sie zu ändern. Südafrika argumentiert, dass die dramatische Lage in Gaza eine Folge der offenkundigen israelischen Verstöße gegen die einstweiligen Anordnungen des IGH vom 26. Januar ist. „Um dringend die Sicherheit von 2,3 Millionen Palästinensern in Gaza zu gewährleisten, darunter über eine Million Kinder“ fordert Südafrika den Gerichtshof auf, dies ohne mündliche Verhandlung zu tun. Eine Reaktion des IGH stand zum Redaktionsschluss noch aus.

Verfassungsgericht verpflichtet den ANC, die Akten zur Kaderentsendung herauszugeben *Von Ernst Hustädt, Kapstadt*

Am 12.02.2024 hat das südafrikanische Verfassungsgericht den ANC verpflichtet, seine Dokumente zur Kaderentsendung - cadre deployment- seit dem Jahr 2013 offenzulegen. Die DA hatte vor dem High Court der Provinz Gauteng erfolgreich auf Herausgabe der Unterlagen geklagt, wogegen der ANC vergeblich das Verfassungsgericht angerufen hatte.

Kaderentsendung („cadre development“ oder auch „deployment“) ist seit Jahren ein umstrittenes Thema in der südafrikanischen Politik. Unter diesem Begriff wird die Politik des ANC verstanden, ausgewählte Parteimitglieder für Schlüsselpositionen in der öffentlichen Verwaltung (z.B. Kabinettsmitglieder, höhere Beamte, Premiers von Provinzen, Vorstände von Staatsbetrieben, Universitätspräsidenten, Botschafter) intern vorzubestimmen, bevor diese formell ernannt werden.

Der ANC übernahm nach den ersten freien Wahlen einen Staatsapparat, in dem Nichtweiße (Schwarze, Inder, Coloured) keine Möglichkeit hatten, mittlere, geschweige denn höhere Positionen zu übernehmen. Zudem musste das Kerngebiet Südafrikas mit den sogenannten „Homelands“ oder „Bantustans“, formell unabhängige, aber international nicht anerkannte Verwaltungen, zusammengeführt werden. Kaderent-

sendung machte daher in dieser Situation fraglos Sinn.

Dem ANC gingen allerdings mit der Zeit die hohen politischen Ziele eines „better life for all“ verloren. Die Zondo-Kommission zur „State Capture“ stellte fest, dass die Kaderentsendung dieses Phänomen überhaupt erst möglich gemacht habe. Ein korruptes Netzwerk in der Verwaltung auf nationaler und Provinzebene und in Staatsbetrieben war geschaffen worden. Insbesondere in den Jahren der Zuma-Präsidentschaft 2009 - 2018 wurden nicht die geeignetsten „Kader“ entsandt, sondern die Kaderentsendung wurde zum Sprungbrett für mehr oder minder korrupte Parteimitglieder: Ein Mechanismus war geschaffen, um Parteimitglieder auf Positionen zu befördern, auf denen sie Betrug und Unterschlagung begehen und für andere ermöglichen konnten. Ein Teufelskreis zur Plünderung des Staatsapparates, aber auch zur moralischen Zerstörung des ANC war geschaffen. Der ANC wird jetzt die Unterlagen herausgegeben müssen. Präsident Ramaphosa hat bereits erklärt, dass bestimmte Unterlagen leider unauffindbar seien. Zudem, man hätte es nicht anders erwartet, wird auf das neue Datenschutzgesetz Bezug genommen, das die Einwilligung der Betroffenen zur Weitergabe der Daten erfordert. Gelöst ist das Problem damit also nicht: Solange der ANC die Mehrheit im Parlament und in den meisten Provinzen stellt, wird niemand ihm verwehren können, Kandidaten nach eigenem Gutdünken auszuwählen.

ANC beteiligt sich an Konferenz gegen den westlichen Neokolonialismus in Moskau *Von Ernst Hustädt, Kapstadt*

Am 15. und 16.02.2024 fand in Moskau das erste „Internationale Forum gegen Modernen Neokolonialismus“ mit 400 Delegierten aus 50 Ländern statt.

Eine hochrangige ANC-Delegation unter Leitung des Generalsekretärs Fikile Mbalula nahm daran teil. Mbalula erläuterte lapidar, dass Südafrika an Russlands Seite stehe und sich nicht dafür zu entschuldigen habe, wenn es an der Konferenz teil

nehme. Präsident Ramaphosa antwortete auf Fragen von Journalisten nach der Teilnahme in der ihm eigenen Unbesinnlichkeit: „Die Welt ist zurzeit durcheinander („topsy-turvy“) und so viele Änderungen und Bewegungen finden statt.“

Die Abschlusserklärung des Forums ist ein Sammelsurium alter und neuer Forderungen, die sich fast ausschließlich an den Westen richten. Neben einer Reform von IMF und Weltbank wird ein digitaler und kultureller Neokolonialismus angeprangert. Die unzureichende Unterstützung beim Erreichen der Klimaneutralität wird als „carbon neocolonialism“ bezeichnet. Der Aufruf, gegen aggressiven Nationalismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung auf der Basis von Religionszugehörigkeit und Fremdenfeindlichkeit vorzugehen, bedient eher linke Narrative im Westen.



Das Forum ist ein Beweis, dass es Putins Partei gelingt, sowohl rechtsorientierte und populistische Parteien wie die österreichische FPÖ oder Italiens „5-Sterne-Bewegung“ als auch klassisch linksorientierte Parteien an einen Tisch zu bekommen. Während die erste Gruppe mit konservativen Themen wie Familie oder der Ablehnung von LGBT adressiert wird, versammelt sich die zweite Gruppe, zu der Südafrika gehört, auf einer antiwestlichen und auf Stärkung von Multipolarität ausgerichteten Plattform. Dass beides geht, ist ein Ausdruck der weitgehenden Ideologiefreiheit aller Beteiligten: Machterhaltung und -eroberung stehen im Zentrum, wobei der kleinste gemeinsame Nenner in der Ablehnung der wertorientierten Politik des Westens liegt.

Ob dies so bleibt, ist ungewiss: Im Mai finden in Südafrika Wahlen statt. Wichtiger ist, ob Donald Trump im November 2024 die US-Wahlen gewinnt: Dann wird die Welt wohl „topsy-turvy“ auf einem neuen Level erleben.

Unsere nächsten Aktivitäten

Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung des DeSaFor e.V. findet statt

**am Dienstag, dem 16. April 2024,
ab 18:30 Uhr, im Afrikahaus Berlin**
(Bochumer Straße 25, 10555 Berlin).

Bei dieser 4. Ordentlichen Mitgliederversammlung wollen wir uns nach einem Rückblick auf das vergangene Jahr ausführlich über die künftige Entwicklung des Vereins austauschen. Auch Nichtmitglieder sind als Gäste herzlich willkommen und eingeladen, sich aktiv an der Diskussion über den Weg in die Zukunft zu beteiligen. Im Anschluss treffen wir uns zu persönlichen Gesprächen im **Restaurant Walhalla** (Krefelder Straße 6, 10555 Berlin).

Let's talk about...

30 Jahre Demokratie in Südafrika – Koalitionen als Chance für eine neue Kultur der Regierungsführung

Diese DeSaFor-Veranstaltung findet als Videokonferenz statt

**am Dienstag, dem 30. April 2024, von
17:00 Uhr bis 19:30 Uhr.**

Wir freuen uns sehr auf eine interessante Veranstaltung, die wir gemeinsam mit den deutschen politischen Stiftungen einen Monat vor den 7. freien Wahlen in Südafrika durchführen werden.

In der zweieinhalbstündigen Videokonferenz wollen wir mit den in Südafrika tätigen Vertreter*innen der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNS), der Hanns-Seidel-Stiftung (HSS), der Heinrich-Böll-Stiftung (HBS), der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) sowie der Rosa-Luxemburg Stiftung (RLS) erörtern, was Südafrika künftig vom ANC erwarten kann, welche Optionen für eine eventuell notwendige Koalitionsregierung bestehen und was eine solche neue Regierungsführung für Südafrika und im Hinblick auf die internationale Gemeinschaft leisten kann.

Redaktion des Newsletters:
DeSaFor-Vorstand

V.i.S.d.P.
Hans-Werner Bussmann
Vorsitzender DeSaFor

Sollten Sie den Newsletter nicht länger erhalten wollen, senden Sie bitte eine e-mail an: info@desafor.de